

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 18.06.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 18:15 - 18:30 Uhr
Sitzungspause: 19:25 - 19:30 Uhr
Ende: 20:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Suchla Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke 1. Stellv. Bezirksbürgermeisterin
Frau Dr. Lentz Fraktionsvorsitzende
Herr Tiemeier

SPD

Herr Bevan Fraktionsvorsitzender
Frau Poly
Frau Richter

Die Linke

Frau Lachenmaier
Frau Mönter
Herr Stiesch Fraktionsvorsitzender
Herr Dr. Schmitz

CDU

Frau Heckerath Fraktionsvorsitzende
Herr Kasumovic
Herr Langeworth 2. stellv. Bezirksbürgermeister

AfD

Herr Villwock

FDP

Herr Kasper

Parteiloses Mitglied

Herr Peter

Verwaltung

Frau Dr. Niebel
Herr Dr. Pues
Frau Harodt
Frau Dr. Klein
Herr Steinriede
Herr Bartusch

Amt für Verkehr
Umweltbetrieb
Immobilienervicebetrieb
Amt für Schule
Bauamt
Bauamt

Schriftführung

Herr Gabriel

Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Nicht anwesend:

Frau Jakupi (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Meyer (CDU)

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Bezirksbürgermeister Suchla begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur 7. Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig ist.

Ferner führt er aus, dass unter den Tagesordnungspunkten 2.1, 2.2, 4.1, 4.3, 4.4, 4.5, 4.8, 4.9, 4.10, 4.13, 23.2 und 23.2 neue Dokumente zur Kenntnisnahme in das Gremieninformationssystem eingepflegt worden seien.

Im Anschluss weist er darauf hin, dass sich die Fraktionen in der Vorbesprechung darüber geeinigt haben, dass der Tagesordnungspunkt 17 in erster Lesung ohne Aussprache behandelt werde.

Zu Punkt 1**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte**

Herr Dr. Elsner bedankt sich für die Beantwortung seiner Fragen aus der vorletzten Sitzung. Heute würde er gerne wissen, wie die geplanten Verbesserungen zum Mensaessen zukünftig kontrolliert werden sollen. Zudem fragt er, welches Ergebnis die Kontrollen des Mensabetriebs am Max-Planck-Gymnasium gebracht habe. Ferner erfragt er, wann die bereits vorhandene Mensa-App in Zukunft mit dem neuen Caterer benutzbar sei und warum der Verkauf von Fast Food auf dem Schulgelände unterbunden werde.

Anschließend fragt Herr Simon, wie die Nachricht in der Presse zustande gekommen sei, dass es keine Probleme mit dem Essen des Caterers am Helmholtz Gymnasiums gäbe. Seine Erfahrungen und die Berichte der betroffenen Schülerinnen und Schüler seien eher negativ. Dies betreffe vor allem das Essensangebot sowie die Preisgestaltung der Gerichte.

Dazu würde er gerne wissen, warum der Caterer sich nicht in der Lage sehe aufgrund der Preisgestaltung die vereinbarte Vertragserfüllung hinsichtlich des Essensangebotes zu leisten. Als letztes fragt er, wie eine Überprüfung der Essensqualität in Zukunft aussehen werde.

Als nächstes fragt Frau Engels, wie Veranstaltungen auf dem Ostmarkt durch Unterstützung der Stadt Bielefeld verbessert werden könnten.

Anschließend fragt Frau Niemeier-Hellberg, warum vor der Entscheidung über die Vorlage zum Ostmarkt, die Bürgerveranstaltung stattfinde. Sie würde es begrüßen, wenn zuerst die Vorlage beschlossen werde und im Anschluss die Veranstaltung in der Fröbelschule stattfinde.

Herr Suchla erklärt ihr, dass über einen möglichen Beschluss erst beim Tagesordnungspunkt 11 gesprochen werde.

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung von Niederschriften****Zu Punkt 2.1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 19.03.2026**

Herr Suchla verweist auf die heute hochgeladene Niederschrift und schlägt vor, den Beschluss auf die nächste Sitzung zu vertagen. Das Gremium stimmt dem Vorschlag zu.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 29.04.2026

Herr Suchla verweist auf die heute hochgeladene Niederschrift und schlägt vor, den Beschluss auf die nächste Sitzung zu vertagen. Das Gremium stimmt dem Vorschlag zu.

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Haushaltswirtschaftliche Sperre

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Hochbahnsteige in der Detmolder Straße

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Temporärer Umzug des Tagesaufenthaltes für wohnungslose Personen (Kava)

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Auf- und Ausbau regionaler Kinderschutznetzwerke in den Stadtteilen

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Unterirdische Fahrradgarage Hauptbahnhof

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Umsetzungsstand der Maßnahmen aus dem Kommunalen Schulmobilitätskonzept

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Abstellen von PKW auf dem Rathausplatz (Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0542/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Frau Heckeroth merkt an, dass die gestellten Fragen, ihrer Meinung nach, nicht vollständig beantwortet seien.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Instandsetzung und Rotmarkierung des Fahrradwegs Stapenhorststraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0601/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Frau Dr. Lentz teilt mit, dass sie die Antwort der Verwaltung nicht nachvollziehen könne. Das Amt für Verkehr habe zum einen mehrfach zugesagt, die Markierungen zu erneuern und zum anderen sei immer noch kein Sachstandsbericht zum Antrag der Linken zu diesem Thema eingegangen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Parkplätze Zimmerstraße (Anfrage von Herrn Kasper [Einzelvertreter der FDP] vom 11.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0604/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Kasper fragt sich, wie sich die 59 Abschleppvorgänge im Jahr 2025 erklären lassen. Ferner würde er gerne wissen, wie die Lösung der Verwaltung sei, um die derzeitige Situation zu klären. Dabei sei es von besonderem Interesse, welche Vertragsvereinbarungen mit den Eigentümern der Fläche, seitens der Verwaltung, getroffen worden seien.

Herr Stiesch fragt, ob es möglich sei Metallabsperungen an der Stelle aufzustellen, um das Parken zu verhindern.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Verkehrskonzept Bielefelder Westen (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 12.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0897/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Stiesch bittet darum, Maßnahmen, die von anderen baulichen Maßnahmen nicht behindert würden, bereits umzusetzen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Abbiegeregelung an der Kreuzung Feilenstraße / Bahnhofstraße (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1119/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.6 Fahrradstände in der Innenstadt (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1120/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Mögliche Nutzung der Brachfläche an der Bielsteinstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1147/2025-2030

Es liegt keine Antwort der Verwaltung vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.8 Sachstand Barrierefreiheit am Ostbahnhof (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1148/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Tiemeier merkt an, dass sich durch die Antwort der Verwaltung weitere Fragen aufgetan hätten. Diese werde er in einer der nächsten Sitzungen stellen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.9 Sachstand Absenkung der Bordsteine an der Kreuzung Siegfriedstraße / Meinders Straße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1149/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Im Anschluss teilt Frau Dr. Lentz ihren Unmut mit, dass es noch sehr lange dauern werde, bis eine mögliche Umsetzung erfolge. Sie sei mit der Antwort der Verwaltung unzufrieden.

Frau Dr. Niebel beantwortet die Frage von Frau Hennke, was eine Gehwegnase ist. Auf die Frage von Herrn Peter erklärt Frau Dr. Niebel, dass eine Markierung an Gehwegnasen nur in Einzelfällen vorgenommen würde. Dies entscheide sich durch die Art der eingebundenen und verbauten Gehwegnasen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.10 Ausbau von Fahrradbügeln an Schulen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1511/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.11 Entfernung von (Straßen-) Bäumen in Bielefeld Mitte (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1542/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.12 Parken im Halteverbot in der Arndtstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1543/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.13 Müllsituation Leineweber 2026 (Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1559/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.14 Müllsituation Heeper Fichten (Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1562/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor.

Herr Bevan weist darauf hin, dass die Vermüllung in den Heeper Fichten seit mindestens 10 Jahren schon bekannt sei und sich immer noch nichts getan habe. Herr Langeworth stimmt ihm zu und bestätigt diese Aussage. Er hoffe, dass das Ordnungsamt in Zukunft eine bessere Handhabung erhalte und besser durchgreifen beziehungsweise ahnden könne.

Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Herr Suchla teilt mit, dass der Antrag unter 5.4 zusammen mit der Bürgereingabe unter 6.1 behandelt werde.

Zu Punkt 5.1 Holzpoller auf dem Gehweg Lina-Oetker-Straße (Antrag des FDP Einzelvertreters Herr Kasper vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1118/2025-2030

Herr Kasper begründet den vorliegenden Antrag. Im Anschluss einigt sich das Gremium auf folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die neu installierten Holzpoller auf der Lina-Oetker-Straße daraufhin zu überprüfen, ob diese den rechtlichen Mindestmaßen hinsichtlich der Gehwegbreite entsprechen. Falls diese nicht den Anforderungen entsprechen, fordern wir den Rückbau der Holzpoller.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Verbesserung der Verkehrssituation im Umfeld der Grundschule Hellingskampschule (gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 07.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1514/2025-2030

Herr Bevan begründet den vorliegenden Antrag.

Herr Kasper beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Antrages. Dabei sollen die ersten vier Spiegelstriche zusammen und der letzte Spiegelstrich einzeln abgestimmt werden. Die Bezirksvertretung stimmt dem Antrag von Herrn Kasper zu.

Das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Umfeld der Grundschule Hellingskampschule gemäß der gemeinsamen Begehung zu prüfen und der Bezirksvertretung nach der Sommerpause zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden, die von der Schulgemeinde vorgetragen werden:

- Ein unübersichtlicher und teilweise kaum erkennbarer Übergang zwischen Rad und Fußweg
- Ein sehr schmaler Gehweg entlang der Herforder Straße
- Fehlende Haltemöglichkeiten für die Eltern, was zu regelwidrigem Parken oder dem gefährlichen Halten in zweiter Reihe führt
- Lange Wartezeiten an den Fußgängerampeln
- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -
- Ein zu hohes Tempo entlang der Herforder Straße
- bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen –

Der Antrag ist in Gänze beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 Tempo 30 in der Wertherstraße (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1501/2025-2030

Frau Richter begründet den vorliegenden Antrag.

Ihr widersprechen Herr Kasper und Frau Heckerroth. Frau Heckerroth ist der Meinung, dass es genüge, dass bereits auf Teilen der Wertherstraße ein Tempolimit von 30 km/h vorgeschrieben sei. Eine weitere Verkehrsberuhigung führe nur zu mehr Stau.

Nach der sich anschließenden Diskussion einigt sich das Gremium auf folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt, dass in der Wertherstraße, zwischen Moltkestraße und Viktor-Gollancz-Straße, eine durchgehende Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 einzurichten ist.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Zusätzliche Roller-Stellplätze in der Innenstadt (Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1500/2025-2030

Der Antrag wird zu Gunsten der Bürgereingabe unter Tagesordnungspunkt 6.1 zurückgezogen. Protokollierung siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Errichtung zusätzlicher Fahrradbügel an der Bückardtschule (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1512/2025-2030

Frau Dr. Lentz begründet den vorliegenden Antrag.

Auf Rückfrage von Frau Heckerroth antwortet sie, dass die einzurichtenden Fahrradbügel auf dem Schulgelände vorgesehen seien und dadurch keine Parkplätze entfallen sollen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob zusätzliche Fahrradbügel an der Bückardtschule installiert werden können.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 6.1 Verbesserung der Parkplatzsituation für motorisierte Zweiräder in der Bielefelder Innenstadt (Eingabe vom 20.05.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1353/2025-2030

Herr Kimpel begründet die vorliegende Bürgereingabe.

Der Vorsitzende Herr Suchla verliest den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema und fragt das Gremium, wie mit der Bürgereingabe und dem Antrag der SPD-Fraktion im weiteren Verlauf der Sitzung verfahren werden soll. Herr Bevan weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion explizit darauf abziele, dass keine bereits genutzten Parkflächen entfallen sollen und dies sei in der Bürgereingabe nicht enthalten. In der sich anschließenden Diskussion weisen Frau Heckerroth und Herr Kaper darauf hin, dass nicht nur freie Flächen für Abstellplätze gesucht werden sollten, sondern auch vorhandene nicht genutzte Fahrradabstellplätze sollten geprüft werden, ob sie nicht entfallen könnten.

Dieser Prüfung widerspricht Frau Dr. Lentz und bittet darum, dass nicht unnötig Fahrradparkplätze gestrichen werden und somit nicht eine Verdrängung der Fahrradfahrer zu Gunsten der Roller stattfinde.

Im Anschluss bietet Herr Kimpel an, den Punkt 3 aus dem Bürgerantrag zu streichen. Dem Angebot von Herrn Kimpel stimmt Herr Bevan zu und teilt mit, dass er den vorliegenden SPD-Antrag zurückziehe.

Herr Suchla stellt die Bürgereingabe ohne den Punkt 3 zur Abstimmung. Das Gremium stimmt dem zu und fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beauftragt die Verwaltung:

1. den aktuellen Bedarf an Parkflächen für motorisierte Zweiräder in der Innenstadt zu prüfen
2. geeignete Standorte für zusätzliche Zweiradparkplätze zu identifizieren, insbesondere in den Bereichen: Jahnplatz, Niederwall, Altstadt, Bahnhofsumfeld, Kesselbrink, Neumarkt und Rathausbereich
3. die Möglichkeit kombinierter Fahrrad-/Zweiradflächen zu prüfen,
4. eine praktikable und faire Regelung für platzsparendes randständiges Parken motorisierter Zweiräder zu entwickeln, sofern: keine Fußgänger behindert werden, keine Rettungswege blockiert werden, keine Einschränkungen für Rollstuhlfahrer oder Kinderwagen entstehen
5. motorisierte Zweiräder künftig stärker in die Verkehrs- und Mobilitätsplanung der Innenstadt einzubeziehen, ein mögliches Pilotprojekt „Rollerfreundliche Innenstadt Bielefeld“ zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 7**Erweiterungs- und Ersatzneubau der Gertrud-Bäumer-Realschule****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 1460/2025-2030

Herr Suchla trägt vor, dass in der Vorbesprechung zur Sitzung Frau Dr. Lentz den Wunsch vorgetragen habe, den Beschluss wie folgt zu erweitern:

„Die konkrete Gestaltung des Außenbereichs (Wegeführung, Straßenführung, Zuwegung und ähnliches) wird in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Im Anschluss teilt Frau Heckerath mit, dass sie es begrüße, dass in der Planung nur die Bauten berücksichtigt seien, die wirklich notwendig sind. Herr Stiesch ergänzt, dass die Planungen sehr zukunftsicher und gut durchdacht seien.

Nachfolgend begründet Frau Dr. Lentz ihre Bedenken bezüglich der neu geplanten Zuwegung durch den Park. Weiterhin kritisiert sie, dass eine Einzäunung des Schulgeländes geplant sei. Sie sei der Meinung, dass dadurch attraktive Flächen für die Nachmittagsnutzung für die Kinder entfielen. Zudem würde sie gerne wissen, wie hoch die Kosten durch eine neue Zuwegung und die Einzäunung des Schulgeländes seien.

Sitzungsunterbrechung von 18:15 Uhr bis 18:30 Uhr.

Herrn Leder informiert während der Sitzungsunterbrechung über die Belange der Schule.

Im Anschluss stellt Herr Suchla die Sitzung wieder her.

In der sich anschließenden Diskussion einigt sich das Gremium einen Termin vor Ort zu vereinbaren. Frau Harodt erklärt man könne dann über die Zuwegung und auch die Einzäunung des Geländes besprechen. Auf Nachfrage schlüsselt sie zudem noch auf, welche Kosten in der Planung der Stadtverwaltung enthalten seien.

Das Gremium stimmt der vorgetragenen Ergänzung von Frau Dr. Lentz zu und fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt den geplanten Erweiterungs- und Ersatzneubau am Standort der drei Pavillongebäude südlich des Schulhofes zu verorten sowie die drei Pavillongebäude zurückzubauen.

Die konkrete Gestaltung des Außenbereichs (Wegeführung, Straßenführung, Zuwegung und ähnliches) wird in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

**Abbruch und Rückbau der Minigolfanlage Am Venn
Bebauungsplan III/3/65.00 – Kleingärten Am Meierhof**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1459/2025-2030

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Attraktivität und Sicherheit in der Bielefelder Innenstadt - Integriertes Maßnahmenpaket -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0018/2025-2030

Ohne weitere Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

2. Das als Anlage 1 vorliegende Maßnahmenpaket zur Attraktivität und Sicherheit in der Bielefelder Innenstadt wird als Arbeitsgrundlage beschlossen und dient fortan als Orientierung mit empfehlendem Charakter.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Verbesserung der Querungssituation im Umfeld der KiTa „Falkenbande“ sowie Stärkung der Grünzugverbindung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1338/2025-2030

Herr Langeworth bittet um einen Ortstermin und stellt den Antrag auf erste Lesung. Er führt an, dass in diesem Bereich wichtige Wegebeziehungen betroffen seien und deshalb wünsche er sich, dass das Amt für Verkehr dem Gremium vor Ort die vorliegenden Planungen erkläre. Zudem schlägt Frau Poly vor, dass das Amt für Verkehr darüber nachdenken solle eine weitere Querung zusätzlich einzurichten.

Das Gremium stimmt dem Geschäftsordnungsantrag auf 1. Lesung zu.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11 Umgestaltung des Ostmarktes, hier: Vorstellung der Planung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1451/2025-2030

Frau Dr. Niebel stellt die in der Vorlage entworfenen Planungen vor. Im Anschluss teilt Frau Hennke mit, dass wenn es der Wunsch des Gremiums sei eine Beteiligung der ansässigen Bürger stattfinden zu lassen, eine 1. Lesung erfolgen müsse. Dabei stelle sich die Frage, wie sich dieses auf die zeitliche Weiterplanung zum Ostmarkt auswirke. Ihr antwortet Frau Dr. Niebel, dass dann eine Verzögerung in Kauf zu nehmen sei, die sich im schlimmsten Fall auf die Fristen der Förderanträge übertrage. Zudem bräuchte die Stadtverwaltung eine genaue Vorgabe, wer bei diesem Beteiligungstermin einzuladen sei.

Herr Kasumovic stellt daraufhin den Antrag auf erste Lesung der Vorlage und schlägt vor alle Anlieger und Einwohner zu diesem Beteiligungsformat einzuladen. Zudem solle bei dem anstehenden Format auch eine Alternativplanung, zur jetzigen Variante, den Beteiligten vorgestellt werden.

In der sich anschließenden Diskussion verweist Frau Hennke auf die noch zu beantragenden Fördermittel und die damit bedingten Fristen. Eine alternative Planung halte sie für unrealistisch. Ihren Ausführungen schließt sich Herr Stiesch an. Er trägt vor, dass eine zeitnahe Umsetzung der vorgestellten Planung notwendig sei und es bedürfe keiner weiteren Alternative.

Ihnen widersprechen Herr Langeworth und Frau Heckerroth. Sie verweisen darauf, dass in den bisher stattgefundenen Besprechungen zu den Planungen zwei Varianten vorgestellt worden seien. Wobei eine Variante etwas kostengünstiger gewesen sei. Ferner führt er an, dass ausdrücklich verlangt wurde die Vorlage im April mit beiden Versionen in die Bezirksvertretung einzubringen. Um dann im Anschluss eine Beteiligung zu organisieren. Dies sei aber nicht erfolgt.

Im Anschluss erläutert Frau Dr. Niebel, dass, ihrer Meinung nach, erst einmal eine Planung beschlossen werden müsse, um dann individuelle Punkte einzeln beschließen zu können. Sie führt an, dass eine neue Planung nicht nur Zeit in Anspruch nehme, sondern auch eine andere

finanzielle Prämisse voraussetze. Nur wenn der zu planende Rahmen von der Bezirksvertretung festgelegt sei, könne eine weitere Planung entworfen werden,

Ihr entgegnet Frau Heckeröth, dass es seitens der Verwaltung unzumutbar sei, nicht auf die Forderungen der Politik einzugehen und eine zweite, kostengünstigere, Planung vorzustellen. Zumal diese, wie bereits erwähnt, schon im Bestand sei. Die dann im Anschluss durchzuführende Beteiligung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern solle dann in dem Format durchgeführt werden, dass den Beteiligten die Varianten vorgestellt würden und dann Fragen und Anregungen von der Verwaltung aufgenommen würden. Als letztes beschwert sie sich darüber, dass die Planungen aus der Vorlage bereits eine Woche vor der heutigen Sitzung in der Zeitung publiziert wurden. Dies erwecke den Eindruck, dass die Bezirksvertretung bereits mit der Planung einverstanden sei.

Herr Suchla verweist auf die jahrelange Praxis, dass Verwaltungsvorlagen am Datum der Veröffentlichung im Ratsinformationssystem, also vor der Beratung in den Gremien, der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Zuletzt bei der Vorlage zur Attraktivität und Sicherheit in der Bielefelder Innenstadt, die die Oberbürgermeisterin vor der Gremienbeteiligung medial vorgestellt habe.

Nach weiteren Beiträgen aus dem Gremium einigt sich die Bezirksvertretung darauf die Vorlage in erster Lesung zur Kenntnis zu nehmen und dass die Verwaltung eine Beteiligung wie angeregt organisiert und durchführt. Herr Bevan stellt den Antrag auf Ende der Rednerliste und bittet darum die Diskussion zu beenden.

- 1. Lesung -

-.--

Herr Peter stellt den Antrag die Sitzung für 5 Minuten zu unterbrechen. Das Gremium stimmt dem Antrag zu.

Sitzungspause von 19:25 – 19:30 Uhr.

Zu Punkt 12

Aktueller Sachstand Umsetzung des Bielefelder Verkehrsleitsystems

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1285/2025-2030

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 13

Bericht zur Anlass-Unfallkommission 2026-I

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0692/2025-2030

Frau Heckeröth fragt, warum ein Unfallschwerpunkt an der Kreuzung Neustädter Straße und Am Bach aufgeführt werde. Die Einrichtung einer Verkehrsinsel an dieser Stelle, aufgrund der Unfallzahlen, schätze sie als übertrieben ein. Frau Dr. Niebel erklärt ihr das geplante Vorgehen des Amtes für Verkehr.

Auf Nachfrage von Herrn Kasumovic erklärt Frau Dr. Niebel, dass die bereits vorhandene Fußgängerquerung am Waldhof nicht ausreichend sei.

Zudem trägt sie vor, dass bei der vorhandenen Unfallstatistik der Baulastträger (hier die Stadt Bielefeld) zur Einrichtung einer weiteren Querung verpflichtet sei.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14 Aktuelle Straßenbaustellen 2026 - Stand 05/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1258/2025-2030

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 Fahrradstraßenverbindung Ehlenruper Weg/Rohrteichstraße, hier: weiteres Vorgehen zur Umgestaltung der Teutoburger Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1377/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass, nach Rücksprache mit dem Klinikum, der Verkehrsversuch von der Verwaltung nach Möglichkeit nicht vor dem Frühjahr 2027 durchgeführt werde.

Anschließend beantragt Herr Langeworth, dass folgender Beschluss gefasst werde: „*Die Bezirksvertretung Mitte beschließt, dass das weitere Vorgehen zwischen der Stadt Bielefeld, dem Klinikum Bielefeld und der Feuerwehr abzustimmen und den Gremien vorzulegen sei.*“

Das Gremium stimmt dem Beschlussvorschlag zu und fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt, dass das weitere Vorgehen zwischen der Stadt Bielefeld, dem Klinikum Bielefeld und der Feuerwehr abzustimmen und den Gremien vorzulegen sei.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16 Bebauungsplan Nr. III/3/104.00 „Neue Hauptfeuer- und Rettungswache an der Eckendorfer Straße“ und 255. Änderung des Flächennutzungsplans „Neue Hauptfeuer- und Rettungswache Bielefeld an der Eckendorfer Straße“ - Stadtbezirk Mitte - Satzungsbeschluss, Feststellungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1268/2025-2030

Ohne weitere Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Die Äußerungen aus den frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3 Absatz 1 und 4 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) werden zur Kenntnis genommen und die Einarbeitung in die Planung gemäß der Anlage Auswertung der frühzeitigen Beteiligung zum Vorentwurf wird gebilligt.**
- 2. Die in den Stellungnahmen enthaltenen Informationen zum Planverfahren der Avacon Netz GmbH, Bezirksregierung Detmold Dezernat 33, Deutsche Telekom Technik GmbH, Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld, LNU e.V., Unteren Denkmalbehörde, Unteren Naturschutzbehörde, Unteren Wasserbehörde, Stadtwerke Bielefeld GmbH, Vodafone West GmbH, WEGE, Westnetz GmbH zu den Entwürfen werden gemäß der Anlage Auswertung der förmlichen Beteiligung zum Entwurf zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahmen der Bezirksregierung Detmold Dezernat 33, LWL Archäologie für Westfalen, moBiel GmbH zu den Entwürfen werden gemäß der Anlage Auswertung der förmlichen Beteiligung zum Entwurf (teilweise) berücksichtigt. Die Stellungnahmen der Bezirksregierung Detmold Dezernat 33, LNU e.V., Unteren Naturschutzbehörde, Unteren Wasserbehörde zu den Entwürfen werden gemäß der Anlage Auswertung der förmlichen Beteiligung zum Entwurf (teilweise) zurückgewiesen.**
- 3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den textlichen Festsetzungen und zur Begründung des Bebauungsplans werden gemäß der Anlage Auswertung der förmlichen Beteiligung zum Entwurf beschlossen.**
- 4. Der Bebauungsplan Nr. III/3/104.00 „Neue Hauptfeuer- und Rettungswache an der Eckendorfer Straße“ für das Gebiet südlich der Herforder Straße, westlich des Betriebsgeländes des Umweltbetriebs, nördlich der Eckendorfer Straße und östlich der Feldstraße wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung wird zur Kenntnis genommen.**
- 5. Gleichzeitig wird die 255. Änderung des Flächennutzungsplans „Neue Hauptfeuer- und Rettungswache Bielefeld an der Eckendorfer Straße“ im Parallelverfahren laut Änderungsplan abschließend beschlossen, die Begründung wird zur Kenntnis genommen.**

Nach Eingang der Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplans sind die Genehmigung gemäß § 6 Absatz 5 BauGB und der Beschluss des Bebauungsplans gemäß § 10 Absatz 3 BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Der Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung sind gemäß §§ 10 Absatz 3 und 6 Absatz 5 BauGB zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17 Bebauungsplan Nr. III/3/27.02 "Bildungscampus Herforder Straße / Feldstraße" und Flächennutzungsplan, 264. Änderung - Stadtbezirk Mitte - Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschlüsse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1300/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass in der Vorbesprechung zur Sitzung vereinbart wurde, die Vorlage ohne Aussprache in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 18 Gestaltungssatzung gemäß § 89 Absatz 1 Nummer 1 BauO NRW 2018 „Joseph-Haydn-Straße“ und Aufhebung der Gestaltungssatzung gemäß § 89 Absatz 1 Nummer 1 BauO NRW 2018 „Joseph-Haydn-Straße“ vom 19.02.2024 - Stadtbezirk Mitte - Satzungsbeschlüsse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0990/2025-2030

Ohne weitere Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. Die Gestaltungssatzung gemäß § 89 BauO NRW 2018 für die ehemalige Britensiedlung „Joseph-Haydn-Straße“ wird beschlossen, die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist der Abgrenzungsplan in der Anlage der Satzung verbindlich.
2. Die Satzung zur Aufhebung der Gestaltungssatzung für die ehemalige Britensiedlung „Joseph-Haydn-Straße“ vom 19.02.2024 wird beschlossen.

Die Gestaltungssatzung und die Aufhebungssatzung sind öffentlich bekannt zu machen. Sie sind mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19

Aufhebung des Bebauungsplans Nr. III/3/06.01 „Gebiet zwischen Spindelstraße – Eduard-Windthorst-Straße – Oelmühlenstraße und Oststraße“
- Stadtbezirk Mitte -
Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0530/2025-2030

Frau Dr. Lentz erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keinen Bedarf zur Aufhebung des Bebauungsplans sehe. Deshalb würden sie die Vorlage ablehnen.

Im Anschluss erklärt Herr Bartusch anhand einer Präsentation, warum eine Aufhebung sinnvoll sei. Hierbei erklärt er, dass der derzeitige Bebauungsplan nicht mehr zeitgemäß sei und das mit einer Aufhebung des Bebauungsplans eine Vereinfachung bei der Einbringung von Bauanträgen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt entstehe. Herr Steinriede ergänzt, dass allgemein von der Politik verlangt werde, die bürokratischen Hürden für Bürgerinnen und Bürger bei Bauanträgen zu verringern oder gar abzuschaffen seien. Genau dies sei die Absicht der vorhandenen Aufhebung. Nach anschließenden Fragen und ihrer Beantwortung durch Herrn Steinriede und Herrn Bartusch, einigt sich das Gremium darauf, die Vorlage mehrheitlich abzulehnen.

Die Vorlage wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 20

Abweichung nach § 34 Absatz 3b BauGB; hier: Wohn- und Geschäftsgebäude Detmolder Str. 53

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1388/2025-2030

Auf die Fragen von Herrn Tiemeier und Herrn Stiesch antwortet Herr Steinriede, dass hier lediglich ein Bauantrag vorliege, der planungsrechtlich geprüft werde. Es sei seitens des Bauamtes nicht leistbar, bei jedem Bauantrag und dem damit einhergehenden Vorbescheid, im Vorfeld die Antragssteller zu einer festen Planung und deren genauen Umsetzung zu zwingen. Ferner könne eine Quote für Sozialwohnungen bei einem Neubau nur dann umgesetzt werden, wenn zum einen die entsprechenden Fördermittel zur Verfügung stünden oder wenn es sich dabei um neu ausgewiesenes Baugelände samt neuem Bauplan handele. Abschließend erklärt er, dass das Bauamt den Bauherrn nicht zwingen könne eine bestimmte Dachform zu bauen, solange die restlichen Anforderungen an die Kubatur erfüllt seien. In der weiteren Diskussion erklärt Herr Steinriede zusätzlich, dass dem Bauherrn nicht auferlegt werden könne, anstatt Wohnungen ein Boardinghaus zu bauen. Eine Umentscheidung seitens des Bauherrn sei planungsrechtlich wahrscheinlich möglich und zulässig.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 21

Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB; hier: Voranfrage zur Nutzungsänderung einer ehemaligen neuapostolischen Kirche des Landes NRW zu einem Mehrfamilienhaus mit 24 Wohneinheiten, Taubenstraße 14

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1428/2025-2030

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Lentz antwortet Herr Steinriede, dass jeder eine Anfrage stellen könne, ob eine Bebauung möglich sei. Deshalb sei dies nun schon die zweite Anfrage zu dem vorliegenden Baugrundstück.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 22

Platzbenennung im Bereich des Bunker Ulmenwall

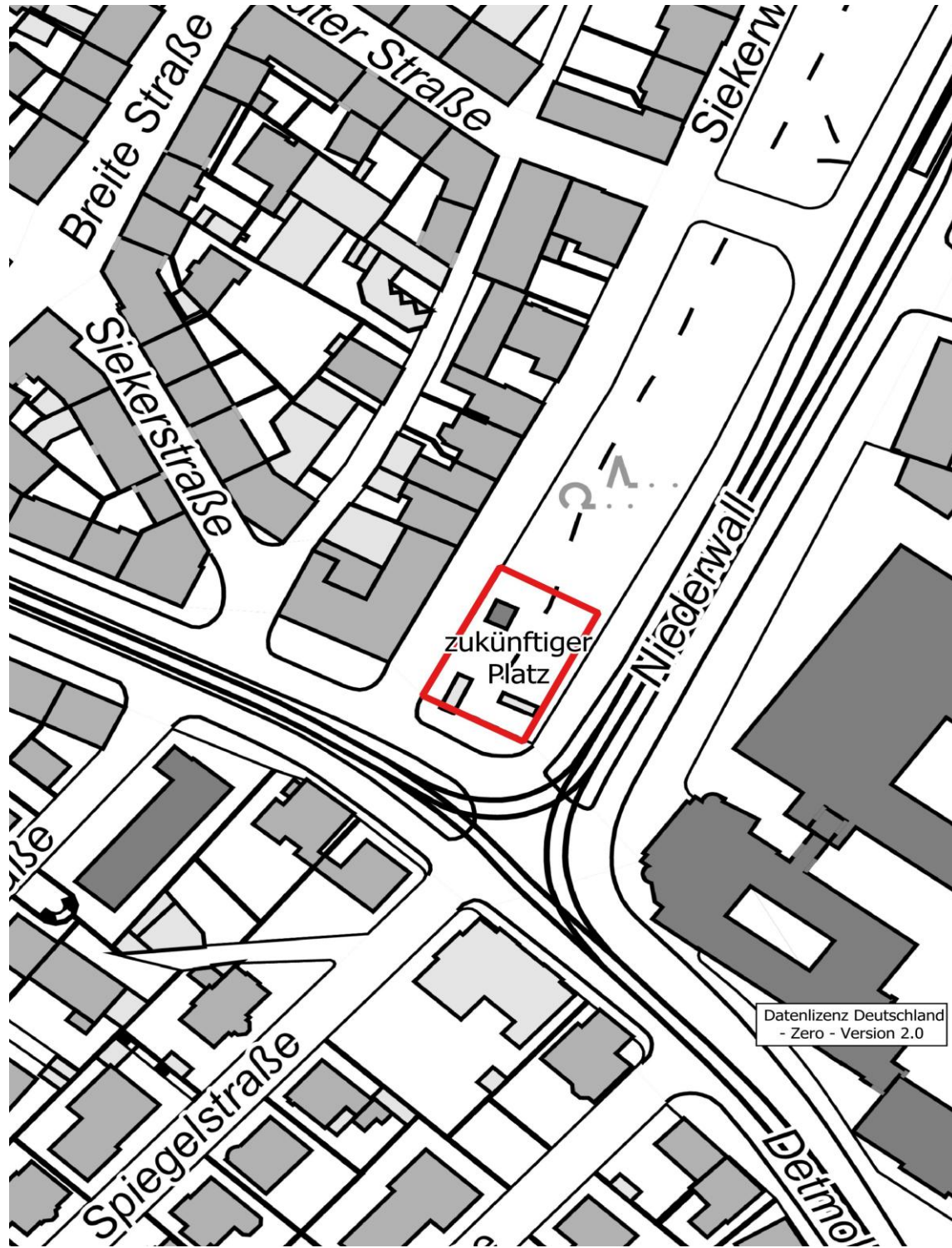
Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1030/2025-2030

Ohne Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Fläche im Bereich des Bunker Ulmenwalls wird „Am Ulmenwall“ benannt und wie folgt zugeordnet:



- einstimmig beschlossen -

...

Zu Punkt 23 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 23.1 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 0864/2025.2030 vom 19.03.2026 - Optimierung Wegebeziehung Stadthallenumfeld - Ostmannturmviertel

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Suchla verweist auf das im Gremieninformationssystem veröffentlichte Dokument. Weiterhin merkt er an, dass er hoffe, dass die Verwaltung nicht vergesse sich mit dem Problem einer Beleuchtung zu beschäftigen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 23.2 Beschluss des Rates zur Drucksache 0950/2025-2030 - Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Diebrocker Straße

Herr Suchla verweist auf das im Gremieninformationssystem veröffentlichte Dokument.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 23.3 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 1115/2025.2030 vom 29.04.2026 - Sicherheit an der Ishara-Brücke

Herr Suchla verweist auf das im Gremieninformationssystem veröffentlichte Dokument.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Herr Suchla stellt die Nichtöffentlichkeit her.

[Nichtöffentliche Sitzung]

Suchla
Bezirksbürgermeister

Gabriel
Schriftführung